

Stand: 13.12.2025 04:56:49

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/688

"Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/688 vom 13.02.2014
2. Beschluss des Plenums 17/709 vom 13.02.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 13.02.2014



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag lehnt wie der Großteil der bayerischen Bevölkerung den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (GVP) in Bayern ab.
2. Er fordert die Staatsregierung auf, sich wie bisher auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass
 - die Mitgliedstaaten bzw. Regionen über Öffnungsklauseln selbstbestimmt den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen regeln können,
 - das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten über den GVP-Anbau schnellstmöglich implementiert wird,
 - die Imkerei als wichtiger Teil der Landwirtschaft in der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung des Bundes berücksichtigt wird und
 - bei den Verhandlungen zum Freihandels-Abkommen mit den USA das hohe Sicherheitsniveau der EU für den Bereich der Grünen Gentechnik nicht abgesenkt wird.
3. Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, den Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen in die Wege zu leiten mit dem Ziel, die Gentechnik-anbaufreiheit in Bayern zu sichern und dafür im Netzwerk Verbündete zu gewinnen.

Begründung:

Der Anbau von in der EU zum Anbau zugelassenen GVP kann von Bayern derzeit rechtlich nicht verhindert werden, wenn Landwirte diese Pflanzen anbauen wollen. Laut einer aktuellen repräsentativen dimap-Umfrage sprechen sich aber 71 Prozent der Deutschen für ein Verbot der Gentechnik in der Landwirtschaft aus. GVP sind nicht vereinbar mit den empfindlichen Naturräumen und der kleinräumigen bayerischen Landwirtschaft und Agrarstruktur. Umweltrisiken wie die Wirkung auf Nichtzielorganismen und wirtschaftliche Risiken der Grünen Gentechnik, z.B. die eingeschränkte Verkehrsfähigkeit von GVO-verunreinigten Produkten, sind zudem nicht ausreichend geklärt.

Es muss auch künftig möglich sein, Honig ohne gentechnisch veränderte Bestandteile herzustellen. Hohe Sicherheitsstandards bei der Zulassung von GVP sind unverzichtbar. Auch durch ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika darf das hohe Sicherheitsniveau in der EU auf dem Gebiet der Grünen Gentechnik nicht abgesenkt werden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Michael Brückner, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/688

Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern!

1. Der Landtag lehnt wie der Großteil der bayerischen Bevölkerung den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (GVP) in Bayern ab.
2. Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass
 - die Mitgliedstaaten bzw. Regionen über Öffnungsklauseln selbstbestimmt den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen regeln können,
 - das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten über den GVP-Anbau schnellstmöglich implementiert wird,
 - die Imkerei als wichtiger Teil der Landwirtschaft in der Gentechnik-Pflanzenerzeugungsverordnung des Bundes berücksichtigt wird.
3. Weiter wird die Staatsregierung aufgefordert, den Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen in die Wege zu leiten mit dem Ziel, die Gentechnikanbaufreiheit in Bayern zu sichern und dafür im Netzwerk Verbündete zu gewinnen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Horst Arnold

Abg. Klaus Steiner

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Gudrun Brendel-Fischer

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Erwin Huber

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen ([Drs. 17/671](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Annette Karl u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik schützen - Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen! ([Drs. 17/677](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern vor Genmais schützen! ([Drs. 17/687](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)

Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern! ([Drs. 17/688](#))

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Kollege Dr. Herz. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anscheinend ist das Thema Gentechnik in diesem Hause eine unendliche Geschichte. Zunächst zu den Fakten: Vor einiger Zeit haben wir über die Zulassung der Maissorte MON 810 gesprochen. Anschließend haben wir die gentechnisch veränderte Kartoffel Amflora thematisiert, die ebenfalls zur Diskussion stand und letztendlich von der EU

genehmigt wurde. Zunächst stand die Maissorte 1507 zur Disposition, die jetzt anscheinend nicht mehr zur Disposition steht.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind wir schon beim Punkt. Die vier anwesenden Fraktionen in diesem Hohen Hause haben gebetsmühlenartig wiederholt: Wir sind gegen die grüne Gentechnik. Wir wollen sie nicht. Wir brauchen sie nicht. 80 % der Bevölkerung sagen: Gentechnik ist etwas schwer Erklär- und Nachweisbares. Angesichts des immer noch vorhandenen Lebensmittelüberschusses brauchen wir diese noch nicht völlig erforschte Technik nicht.

So weit, so gut, könnte man meinen. Letzte Woche stand im EU-Agrarministerrat die Abstimmung zu der Maissorte 1507 an. Kurz vorher bin ich bei einem sehr wichtigen Verband in Bayern gewesen. Dieser hat seinen Vortrag mit der Überschrift begonnen: Merkel, das Ferkel. In solche Niederungen der Formulierungskunst möchte ich mich nicht hinabbegeben. Damals sollte jedoch klargestellt werden, was von der Bundesregierung in Brüssel vorgesehen ist. Das ist absolut nicht in Ordnung. Das zeigt eindeutig, dass wir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, in Berlin einen entscheidenden Einfluss verloren haben. Das werden Sie sicher ablehnen. Die CSU stellt den Landwirtschaftsminister, der zugegebenermaßen ein artfremder Kollege ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es ist etwas unglücklich, dass wir eine Serie von Landwirtschaftsministern haben, die keinen sogenannten Stallgeruch haben. Das ist insgesamt eine bedenkliche Entwicklung. Ein Landwirtschaftsminister sollte aus dem Metier kommen und die Probleme verstehen können. Wenn wir ab und zu wieder Minister berufen könnten, die das Ganze gelernt haben, wäre das nicht von Nachteil.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So weit, so gut. Ich habe Herrn Minister Friedrich in Berlin auf der Grünen Woche gehört. Von seinen Ausführungen war ich positiv überrascht. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind eben zwei paar Stiefel: Reden und Handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Erwin Huber (CSU): Das ist doch Unsinn!)

Aufgrund des Drucks aus dem Forschungsministerium – das habe ich mir sagen lassen – hat die Bundesregierung entschieden, eher für die Gentechnik zu sein. Der Landwirtschaftsminister und einige Mitarbeiter haben gesagt, sie seien zwar dagegen, die Bundeskanzlerin habe jedoch entschieden. Leider sitzen Sie von der CDU/CSU und der SPD in diesem unsäglichen Boot drin. Ich weiß, dass Sie hier zustimmen. In Brüssel ist jedoch angekommen: Wir Deutsche sind für eine kraftvolle Enthaltung. Das war ein klares Signal für die Leute in Brüssel. Die Deutschen sind nicht ganz unwichtig. Wenn es um Forschungsgelder geht, sind wir noch einer der wichtigsten Ansprechpartner. Wenn wir auf gut Deutsch sagen: Macht doch, was ihr wollt, dann macht Brüssel das eben. Damit haben wir Brüssel einen Freifahrtschein gegeben. Brüssel kann entscheiden, den Anbauinteressen der US-amerikanischen Firma nachzugeben. Die klein- und mittelbäuerliche bayerische Landwirtschaft schaut wieder einmal mit dem Ofenrohr ins Gebirge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, ob der Kollege vom Oberbayerischen Bauernverband, mit dem wir häufig diskutieren, anwesend ist. Jürgen, du bist in dieser Position ja eine durchaus erfahrene Person. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dich dies sehr glücklich stimmt. Ich muss betonen: Beinahe in jeder Debatte in diesem Haus reden wir über das Thema Gentechnik. Alle Fraktionen außer der jetzt nicht mehr anwesenden FDP haben einmal entschieden, gegen die grüne Gentechnik zu sein. Weshalb diskutieren wir nach wie vor bei jeder Plenardebatte über dieses Thema, Herr Huber? Das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund geht es eindeutig auch um Glaubwürdigkeit. Dort oben sitzen Bürger und hören zu. Was sollen sie von uns halten, wenn wir uns einmal in dieser Woche gegen Gentechnik entscheiden und dann am nächsten Tag aus Brüssel hören, dass sich die CSU, die an der Regierung beteiligt ist, enthalten hat? Was sollen die Bürger davon halten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sehe darin alles andere als eine nachhaltige Politik. - Eine weitere Tatsache setzt allem die Krone auf. In Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag habe ich erfreut gelesen, dass Sie endlich bereit sind, dem europäischen Netzwerk der gentechnikfreien Regionen beizutreten. Das ist ein erster positiver Schritt. Allerdings haben wir darüber erst letzte Woche im Zusammenhang mit einem Antrag diskutiert. Ich glaube, diesen Antrag haben die GRÜNEN eingebracht. Das kann doch keine Politik sein. Das zeugt aber davon, dass in Bayern eine kraftvolle Opposition wichtiger denn je ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Denn der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Beitritt zum europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen nur aufgrund dieses massiven Drucks erfolgt ist. Zunächst einmal sage ich ein Dankeschön. Aber Sie können doch nicht Woche für Woche nur Lippenbekenntnisse zu gentechnikfreien Regionen verkünden. Leider ist der Herr Ministerpräsident jetzt nicht anwesend. Die Vorgänge zeigen eindeutig, dass der Einfluss der CSU in Berlin auf ein Minimum gestutzt wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn dem nicht so wäre, hätten Sie es gerade vor dem Hintergrund, dass es einen neuen Bundeslandwirtschaftsminister gibt, schaffen müssen zu betonen: Liebe Angela Merkel, ich habe bei deiner Grünen Woche wunderbare Uckermarker Weidemastbullen gesehen; damit diese Weidemastbullen weiterhin so prächtig gedeihen, brauchen

wir gentechnikfreie Regionen, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Europa. – Das wäre ein Signal gewesen. Diese Chance haben Sie eindeutig verpasst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Horst Arnold von der SPD das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre dies ein Anlass für einen Feiertag. Feiertage ermöglichen, wie wir gehört haben, in sich zu gehen. Um über Lebensverschulden zu sprechen, braucht man Ruhe. Es wäre Anlass für einen Feiertag, wenn der Anlass an sich nicht so traurig wäre.

Keine drei Jahre nach unseren Anträgen zu einem gentechnikfreien Bayern ist heute tatsächlich der Tag gekommen, an dem die Kollegen von der CSU einschwenken und neben Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern endlich bereit sind, als kraftvolles Zeichen der Entschlossenheit dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beizutreten und daran mitzuwirken.

Wir haben bereits 2009 beantragt, Freilandversuche und Gentechnik auf bayerischen Fluren zu verhindern. Das wurde vom aktuellen Heimatstaatssekretär Füracker abgelehnt mit einer Begründung, die zeigt, dass offensichtlich dazugelernt wurde: Die Behauptung, Bayern sei gentechnikfrei, ist eine populistische Vision der SPD. – Herr Albert Füracker, ich danke dafür, dass Sie sich unserer Vision angeschlossen haben. Umso mehr ist heute auch ein Tag der fröhlichen Besinnung.

(Beifall bei der SPD)

Selbst zum Thema Gentechnikfreiheit waren wir nicht untätig und haben in den letzten drei Jahren Anträge gestellt. Diese sind von Ihnen immer abgelehnt worden.

Zu den nicht mehr anwesenden Kollegen von der FDP sage ich in memoriam nichts mehr. – Sie haben argumentiert, man könne nicht zustimmen, weil die Bauern immer noch Gensojaschrot verfüttern würden. Dieses Argument war zwar berechtigt, aber wir müssen dafür sorgen, dass diese Praxis zurückgeht. Sie haben gesagt, eine Zustimmung würde eine Illusion bedeuten. Voraussichtlich werden die Bauern auch morgen und übermorgen noch diesen Schrot verfüttern müssen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Aber zumindest dürfen Sie dieses Argument nicht mehr heranziehen. Ihr Handeln zeigt, dass es ein fadenscheiniges Argument war. Jedenfalls sitzen wir jetzt gemeinsam in einem Boot.

Mir ist wichtig, dass bei Ihnen von heute an Anspruch und Wirklichkeit zusammengeführt werden; denn im Juni 2013 hat die Mehrheit in diesem Haus einen Antrag von uns abgelehnt, in dem wir gefordert haben, dass Pachtverträge über staatliche Flächen mit der Klausel versehen werden, dass auf diesen Flächen gentechnikfrei angebaut werden muss. Liebe Kollegen von der CSU, auch dieser Antrag ist von Ihnen abgelehnt worden. Mit Ihrem heutigen Antrag, dem wir natürlich zustimmen werden, haben wir eine gemeinsame Arbeits- und Geschäftsgrundlage gefunden, um mächtig gegen die eingetretenen Vorgänge anzugehen und nicht nur ein Signal zu setzen.

Hierzu gibt es auch den Antrag der FREIEN WÄHLER. Herr Dr. Herz hat soeben die SPD geschont. Sie wird in der schriftlichen Fassung nicht geschont. Das geschieht zu Unrecht; denn die SPD hat zur Gentechnikfreiheit im Bund und, wie soeben geschildert, auch im Land, immer eindeutige Positionen vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Es war immer klar, dass wir anderweitige Maßnahmen ablehnen.

Ich richte ein Wort an die FREIEN WÄHLER: Sie sind nicht in der Lage, einen Koalitionsvertrag im Bund zu schließen; das hat der Wähler so entschieden. Sie haben in diesem Zusammenhang schon manches getan, was uns davon überzeugt hat, dass Sie Ihr Abweichen von den Koalitionsverträgen möglicherweise immer damit begrün-

den, dass es eine Kanzlerrichtlinie gibt. Doch wenn man sich in einem solchen Verbund befindet, muss man auch Kröten schlucken. Deswegen sind wir im Landtag gemeinsam angetreten, um als Reaktion auf diese geschluckte Kröte vernünftige Konsequenzen zu ziehen. Daher werden wir uns bei der Abstimmung über Ihren Antrag enthalten. Im Hinblick auf die dargestellten Lösungen stimmen wir vollkommen mit Ihnen überein. Aber was soll das, dass Sie uns dann, wenn wir eine Gemeinsamkeit beschwören und zusammenfinden, gegen das Schienbein treten? Das ist unkollegial und nichts als reines Wahlkampfgetöse.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Arnold, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner zu?

Horst Arnold (SPD): Nein.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Dann folgt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner nach Ihrer Rede. Einverstanden?

Horst Arnold (SPD): Mit einer Zwischenbemerkung bin ich einverstanden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: In Ordnung. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Ich füge eine abschließende Bemerkung hinzu. Uns bietet sich jetzt die Gelegenheit, uns auf das gemeinsame Europa zu besinnen. Bei diesem Thema gäbe es Anlass, auf Europa zu schimpfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ministerrat haben insgesamt nur fünf Mitglieder zugestimmt. Vier haben sich enthalten. Die übrigen der 28 Länder sind dagegen. Problematisch ist, dass das Europaparlament mit breiter Mehrheit ebenfalls gegen diese Technologie gestimmt hat. Wir müssen gemeinsam politisch dafür sorgen, dass die Regelungen auf Verwaltungsebene umgesetzt werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich etwas daran ändert, dass ein Kommissar trotz einer überzeugenden politischen Mehrheit das Gegenteil dessen tun kann, was demokratisch veranlasst wäre. Wir müssen also ein kraftvolles Signal für

die Europapolitik geben und dürfen nicht behaupten: In Brüssel wird nur aus reiner Willkür gehandelt. – Wir müssen in den Parlamenten weiter zusammenarbeiten. Wenn das geschieht, gehe ich davon aus, dass das gemeinsame Eintreten für ein gentechnikfreies Bayern von Erfolg gekrönt wird.

Ein Wort sage ich zu den Problemen, die die jetzige Rechtslage aufwirft. Es gibt die Position der Bauern, und es gibt die Empfehlungen der Europäischen Union, die der Frau Bundeskanzlerin den Anlass gegeben haben, zuzustimmen, weil es den Menschen nicht schaden würde. Allein die Zulassung dieser Sorte führt zu nicht zu bewertenden immensen Haftungsproblemen bei den Bäuerinnen und Bauern. Davor müssen wir sie schützen. Darüber hinaus sind die Auswirkungen auf das Saatgut bzw. auf die Ernährungskette nicht getestet worden. Hier wie die Frau Bundeskanzlerin zu sagen, ich stimme deswegen zu, weil es den Menschen nicht schadet, ist zu kurz gesprungen.

Die Große Koalition steht am Anfang. Wir werden der Großen Koalition, soweit die SPD dazu in der Lage ist - und das ist sie -, in dieser Hinsicht ebenfalls auf die Sprünge helfen. Gemäß unserem Motto "Schon immer gegen die Gentechnik" sind wir auch heute gemeinsam im Boot und stimmen dem Antrag der GRÜNEN und Ihrem Antrag zu und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

Liebe FREIE WÄHLER, lassen Sie uns das nächste Mal wieder gemeinsam und ohne Fußtritte vorgehen. Wir enthalten uns zu Ihrem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Herr Kollege Steiner hatte sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Steiner, Sie haben das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Darf ich Sie an etwas erinnern? Sie haben gerade gesagt "Schon immer gegen die grüne Gentechnik". Es waren Ihr Bundeskanzler und eine

SPD-geführte Bundesregierung, die das erste Mal dreißig Tonnen MON-810-Mais für den Anbau in Deutschland zugelassen haben. Ihre Bundestagskollegen haben sich auch jetzt bei der aktuellen Abstimmung der Stimme enthalten. Das wollte ich Ihnen nur noch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Horst Arnold (SPD): Ja, daran dürfen Sie mich erinnern. Darf ich Sie daran erinnern, dass Ihre jetzige Wirtschaftsministerin Frau Aigner als Bundeslandwirtschaftsministerin nahezu nichts unternommen hat, um dieser Situation Einhalt zu gebieten? Darf ich Sie daran erinnern, dass dann im Jahr 2009 der Anbau des Saatguts von Monsanto unter erheblichen Widerständen, aber mit unserem Zuspruch, verboten wurde? Wir waren immer aktiv in der Diskussion. Insofern muss ich sagen: Bevor Sie mit dem Finger auf andere zeigen, denken Sie an das Wort vom alten Gustav Heinemann: Vier zeigen auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Gentechnik ist es so eine Sache. Eigentlich mag sie keiner. Manchmal hat man sogar den Eindruck, es gibt einen Wettlauf, wer die Gentechnik am wenigsten mag. Diesen Eindruck hat man bei der heutigen Diskussion wieder. Bei diesen Wettläufen sind CSU und SPD immer mit dabei, zumindest wenn man die Pressemitteilungen der letzten Zeit für bare Münze nimmt. Doch nach den Ereignissen der letzten Wochen kann man an diese Botschaften nicht mehr so recht glauben; denn jetzt reden hier alle von der Enthaltung der Bundesregierung in Brüssel. Aber es gab vorher eine Abstimmung im Bundestag. Es wurde über einen Antrag der GRÜNEN abgestimmt, der genau ein Ziel hatte, nämlich ein Nein der Bundesregierung zu Mais 1507 in Brüssel. Leider hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unseren Antrag fast einstimmig abgelehnt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Die SPD-Fraktion war leider auch nicht besser. Dabei wäre das die Gelegenheit gewesen, die Bundesregierung auf Linie zu bringen. Mit einem starken Votum im Bundestag wäre die Enthaltung in Brüssel noch zu stoppen gewesen. Hier, Herr Arnold, sind wir bei Anspruch und Wirklichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde es sehr schade. Nun liegt das Kind im Brunnen. Schadensbegrenzung ist angesagt. Jetzt auf einmal ertönt sie wieder, die starke Stimme aus Bayern.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Vorher hat man sie nicht gehört. In Bayern entscheiden wir, was angebaut wird, sagt der Herr Scheuer. Und König Horst bläst auch wieder die Backen auf.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Darin sind sie stark!)

Hätte er das mal getan, als noch etwas zu entscheiden war. Nun muss auf einmal ein nationales Anbauverbot her. Doch was der Herr Friedrich hier verspricht, ist eine Morgelpackung; denn erstens machen Pollen an Ländergrenzen nicht halt. Zweitens gibt es die berühmte Opt-out-Klausel bereits, mit der Regionen bestimmen können, dass sie das in ihrer eigenen Region nicht haben wollen. Diese Klausel gibt es, aber sie wird nicht umgesetzt, weil sie bisher in Brüssel von Deutschland blockiert wird. Das Europaparlament jedenfalls hat diesen Weg schon lange frei gemacht. Wenn Sie diese Klausel in Brüssel und im Bund jetzt durchsetzen wollen, ist etwas mehr Anstrengung als bisher nötig. Ein Weiter-so reicht jedenfalls nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein Fazit lautet: Was Sie bisher auf Bundes- und europäischer Ebene getan haben, ist nicht genug. Was ist eigentlich mit unserem Landwirtschaftsminister? Die CSU woll-

te doch unbedingt einen Bundeslandwirtschaftsminister stellen. Aber was hat Herr Friedrich bisher getan? Ich habe jedenfalls nichts mitbekommen.

(Unruhe)

Ja, er hat sich enthalten und den Weg frei gemacht für die Zulassung dieses Gen-Maises. Das müssen Sie einfach zugeben.

(Erwin Huber (CSU): Ihr habt ja keine Ahnung!)

Aber natürlich müssen wir jetzt zur Schadensbegrenzung handeln. Auch in Bayern müssen alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um den Anbau dieser Maissorte noch zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie jetzt so tun, als wäre das ein Kinderspiel, dann heißt das auch, die Menschen anzulügen; denn so einfach ist es jetzt nicht mehr. Ich muss auch erwähnen, dass Sie, CSU und SPD gleichermaßen, die Menschen in Bayern tief enttäuscht haben. Das brauche ich hier wohl nicht extra zu erwähnen. Wie gesagt, auch hier in Bayern könnten wir viel mehr tun. Bayern muss endlich dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten. Das hat die CSU bisher standhaft verweigert; das letzte Mal vergangene Woche im Landwirtschaftsausschuss. Jetzt haben Sie einen Antrag eingebracht, der genau das fordert. Aber mal ehrlich: Mit diesem Antrag lenken Sie nur von Ihrem Versagen im Bund und in Brüssel ab. Trotzdem gilt: Für Einsicht ist es nie zu spät. Und das freut uns. Vielleicht hat das auch etwas mit den bevorstehenden Kommunalwahlen zu tun. Diesbezüglich sind Sie alle doch reichlich nervös.

(Unruhe)

Letzte Woche haben Sie das Problem jedenfalls nicht gehabt. Bayern könnte auch das Bayerische Naturschutzgesetz ändern. Wenn es Schutzabstände zu allen schützenswerten Gebieten gäbe, wäre das ein wirksames Mittel zur Verhinderung des Gen-

technikanbaus. Die Österreicher machen uns das vor. Dann machen wir es doch einfach auch mal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu guter Letzt: Machen Sie Ernst mit Ihrer Ablehnung der Gentechnik. Reden Sie nicht nur, handeln Sie auch! Stimmen Sie unserem Antrag zu zum Schutz Bayerns, zum Schutz unserer kleinteiligen Landwirtschaft und zum Schutz unserer Imker.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Seit 2010 hat sich einiges geändert. In Bayern werden seitdem keine gentechnikveränderten Pflanzen mehr freigesetzt. Die staatlichen Versuche wurden eingestellt. Kein Landwirt hat seitdem bayernweit eine Anbaugenehmigung beantragt. Dass sich der Berufsstand zunächst in dieser Materie nicht einig war, das wissen die, die mit der Landwirtschaft in engerem Kontakt stehen.

Die aktuell gefassten Beschlüsse der EU zum Gentechnikanbau stoßen deshalb bei uns auf harsche Kritik. Wir setzen auf den Erhalt von Sortenvielfalt, die Wiederbelebung der Arbeit unserer Pflanzenzüchter und mehr Chancen auf einen geordneten Nachbau. Deshalb haben wir uns auch schon vor zwei Jahren eindeutig gegen eine EU-Saatgutverordnung positioniert. Wir möchten keine Patente auf Tiere und Pflanzen. Bereits heute konzentriert sich das Saatgutgeschäft zu unserem Leidwesen auf wenige Großkonzerne. Das können wir natürlich nicht gutheißen. Wir können diesem Prozess aber entgegentreten und uns widersetzen, wenn Bauern, Handel und Verbraucher ganz gezielt an einem Strang ziehen und den Markt dahin gehend in Bewegung bringen, dass Gentechnik zunehmend mehr Ablehnung erfährt.

Bisher gibt es keine einzige Studie, die beweist, dass Gentechnikpflanzen harmlos für unsere Gesundheit sind und ohne negative Folgen für Tier- und Pflanzenwelt bleiben. Vor allem unsere Imker sind hier in berechtigter Sorge. Das wird ja auch immer wieder angeführt, auch von Ihrer Seite. Wenn Honig geringste Spuren von Genmaispollen enthält, gilt er als gentechnisch verändert. Es werden eine Sicherheitsprüfung und eine gentechnikrechtliche Zulassung erforderlich. Das ist ein aufwendiges Verfahren. Ansonsten wäre der Honig nicht verkehrsfähig.

Deswegen gibt es von unserer Seite ein klares Nein zum Gentechnikanbau in Bayern. Dass wir nicht mit einem Schlag Importe gentechnisch veränderten Sojas stoppen können, werden Sie wohl verstehen. Das würde zu einem Futternotstand bei unseren Landwirten führen. Aber Sie kennen auch hier die Initiative unseres Landwirtschaftsministers, was Sojaanbau anbelangt, und auch die Verträge, die er mit Brasilien geschlossen hat, damit hier gentechnikfreies Soja zur Verfügung steht. Das sind kleine Ansätze, die sicher gute erste Spuren hinterlassen. Aber uns muss klar sein, dass dieser Prozess etwas länger andauern wird.

(Horst Arnold (SPD): Embryos!)

Lieber Herr Aiwanger, Sie und Ihre Kollegen kritisieren, unserem Ministerpräsidenten fehle es im Bund an Durchsetzungskraft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Ich muss Ihnen sagen: Sie haben im Bund überhaupt keine Zulassung dafür erhalten, mitzureden oder mit am Tisch zu sitzen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden aus Bayern eine klare und konsequente Marschrichtung verfolgen. Wir werden dafür sorgen, dass die Landbewirtschaftler nicht zu Marionetten weniger Großkonzerne degradiert werden und dass der Verbraucher verantwortungsbewusst im Blick behalten wird. Wir wollen dieses Selbstbestimmungsrecht mit der sogenannten

Opt-out-Klausel erreichen. Wir bitten deshalb um Unterstützung unseres Antrags und lehnen den Antrag der FREIEN WÄHLER ab, weil er in einer unverschämten Sprache formuliert ist. Den anderen Anträgen werden wir zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Hubert Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie regieren jetzt in Berlin mit einer schwarz-roten Koalition und haben dort einen Koalitionsvertrag formuliert, in dem auf Seite 123 als erster Satz steht: "Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an". Meine Damen und Herren, auch von der SPD, das ist nicht deutlich genug. Sie erkennen die Vorbehalte gegen die grüne Gentechnik an. Auf der Grundlage dieses Satzes ist Frau Merkel diejenige, die die Bestimmungen bricht und sich nicht an Vereinbartes hält.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben es doch gar nicht nötig, sich hinter Frau Merkel zu verstecken und zu sagen, sie habe die Richtlinienkompetenz. An dieser Stelle ist eindeutig formuliert, dass Sie, wie die Mehrheit der Bevölkerung, die grüne Gentechnik nicht wollen, wenn ich noch richtig lesen kann. Ich frage mich: Was sind denn Koalitionsverträge und Wahlversprechen überhaupt noch wert, wenn man den Leuten vor der Wahl sagt, man erkenne ihre Bedenken an, und wenn man, sobald man glaubt, die Bevölkerung sei mit einer olympischen Sendung im Fernsehen abgelenkt, nach Brüssel geht und dort kraftvoll für eine Enthaltung stimmt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist beschämend, wie hier in Deutschland regiert wird. Deshalb sagen wir: Sie haben gegenüber Merkel zu wenig Durchsetzungskraft bewie-

sen. Leider ist es so, dass der Herr Ministerpräsident hier total versagt hat. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen hat er gesagt, er würde den Koalitionsvertrag nicht unterschreiben, wenn nicht die Ausländermaut hineingeschrieben würde. Warum sagt er nicht mit derselben Deutlichkeit, dass er sich an den Koalitionsvertrag halten wird, der der Bevölkerung versprochen wurde? Da dort Gentechnik abgelehnt wird, sollte er sagen: Liebe Frau Merkel, deswegen müssen wir dagegenstimmen.

Meine Damen und Herren, 19 Staaten der EU sind gegen die Gentechnik-Anbaupläne, die dort verhandelt wurden. Frankreich hat Deutschland händeringend um Unterstützung ersucht und gebeten, gemeinsam Nein zu sagen. Der Bundeslandwirtschaftsminister gehört nicht irgendeiner fremden Partei an, sondern Ihrer Partei. Der Bundeslandwirtschaftsminister hätte durch die Länder reisen und für die bayerische Richtung der Gentechnik-Ablehnung werben müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Er hätte sich nicht verstecken und sagen dürfen: Frau Merkel will es anders, jetzt müssen wir uns eben enthalten. Ihr Landwirtschaftsminister hat total versagt. Er hat einen großen Mist gebaut.

(Beifall bei den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Er hätte um Zustimmung ringen müssen, um ein gemeinsames Auftreten gegen die Gentechnik zu erreichen.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das hat er ja gemacht!)

Sie haben mit dem letzten Satz Ihres Antrags, den Sie vorgelegt haben, eine Falle aufgestellt, in die die meisten wahrscheinlich wieder hineintappen werden. Sie haben im letzten Satz formuliert, dass Sie beim Freihandelsabkommen mit den USA auf dem Niveau der EU verhandeln wollten. Was ist denn das Niveau der EU nach diesen Beschlüssen? - Das Niveau der EU bedeutet Zulassung des Gen-Anbaus. Auf dieser Ebene dürfen Sie nicht verhandeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie müssen nach der bayerischen Linie verhandeln, die da lautet: Wir wollen keinen Gen-Anbau. Sie sollten nicht sagen: Der Antrag hört sich schön an, wir schreiben im vierten Spiegelstrich, dass wir auf EU-Niveau mit den Amerikanern verhandeln wollen. Die werden sich totlachen und sagen: Hurra, die öffnen uns die Türen, weil die EU-Kommission jetzt auch die Türen öffnen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Abgeordneter Erwin Huber (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger - -

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Am Ende meiner Rede können Sie Fragen stellen. – Meine Damen und Herren, was Sie hier abliefern, und das mit einer traurigen Kontinuität, ist das Vorgehen, in Bayern anders zu reden, als in Berlin und Brüssel zu handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Heute schimpfen Sie in Oberfranken über diese dummen Leitungstrassen, die Sie im Sommer letzten Jahres selbst verhandelt haben. Sie schimpfen über die Privatisierung der Trinkwasserversorgung, von der Ihr Spitzenkandidat für die Europawahl, Herr Ferber, im Oktober 2012 gesagt hat: Wir können nichts mehr dagegen machen; die Wasserprivatisierung wird kommen; sie ist beschlossen: das können wir nicht mehr stoppen. Das waren die Aussagen von Herrn Ferber noch vor einem guten Jahr.

Meine Damen und Herren, Sie haben dem Länderfinanzausgleich in der jetzigen Formulierung zugestimmt; jetzt klagen Sie dagegen. Das bedeutet, Sie klagen ständig gegen sich selbst und schimpfen ständig über sich selbst. Bisher haben Sie nur das Glück, dass sich der Bürger immer wieder einwickeln lässt und dass sein Kurzzeitgedächtnis häufig nicht ausreicht, um zu erkennen, dass Sie selber vor einem halben

Jahr das Haus angezündet haben, das jetzt von der Feuerwehr, bei der Sie wieder mit dabei sind, gelöscht werden soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie fordern jetzt die Opt-out-Klausel. Ja, die brauchen wir. Aber um im Bild zu bleiben, meine Damen und Herren: Sie haben das Haus angezündet. Wenn das Haus brennt, sagen Sie: Wir müssen einen Notausgang planen. Sie müssen aber erst den Ausgang planen, bevor Sie die Zündhölzer in die Hand nehmen. Sie haben es andersherum gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie haben sich kraftvoll enthalten und damit der Kommission den Ball zugespielt. Die Kommission will die Gentechnik zulassen. Jetzt schreien Sie nach der Opt-out-Klausel: Bitte holt uns hier raus. Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar: So kann man Politik nicht machen. Wir werden diese Themen weiterhin massiv bringen und Sie weiterhin mit Ihrem eigenen Politikversagen konfrontieren, so leid uns das tut. Aber im Interesse der bayerischen Bevölkerung müssen wir das tun. Wir stimmen den Anträgen von Rot und Grün auf Beitritt zum Europäischen Netzwerk für gentechnikfreie Regionen zu und lehnen den Antrag der CSU ab, weil wir nicht auf EU-Niveau mit den Amerikanern verhandeln wollen, sondern auf deutschem oder bayerischem Niveau.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Aiwanger. Herr Kollege Huber hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe jahrzehntelang in diesem Hohen Haus dafür gekämpft, dass die Niederbayern ein hohes Ansehen haben.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider vergeblich, Herr Huber! Das Gegenteil haben Sie erreicht.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Erwin Huber (CSU): Die Niederbayern haben eine hohe Intelligenz. Ich habe Sie dabei ertappt, dass Sie diesen Anspruch der Niederbayern beschädigen und kaputt-machen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Also Sie bestimmen das Niveau der Niederbay-ern? Bravo!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erwin Huber (CSU): Diese billige Art, auf Stimmenfang zu gehen, wird an der klugen bayerischen Bevölkerung scheitern. Der Bundeslandwirtschaftsminister musste sich in Brüssel deshalb enthalten, weil es innerhalb der Koalition in Berlin keine Übereinstim-mung gab.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider. Das ist das Problem!

Erwin Huber (CSU): Sie haben noch nie Regierungsverantwortung gehabt.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei Ihnen wäre das besser gewesen?!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger!

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Er soll eine Frage stellen und nicht über mich herfallen. Dann kann ich auf demselben Niveau antworten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Aiwanger, nicht Sie, sondern Herr Kollege Huber hat jetzt das Wort. Bitte unterbrechen Sie ihn nicht, lassen Sie ihn

ausreden, und lassen Sie ihn seine Zwischenbemerkung machen. Danach haben Sie genug Zeit, darauf zu reagieren. - Bitte schön, Herr Kollege Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, würden Sie vielleicht Herrn Kollegen Aiwanger darüber aufklären, dass eine Intervention dazu da ist, eine Bemerkung zu machen, und nicht dazu, eine Frage zu stellen. Wer nicht einmal die Geschäftsordnung des Landtags kennt, braucht sich nicht so aufzumandeln wie Sie.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): O mei, Herr Huber!

Erwin Huber (CSU): Ich muss jetzt dem Kollegen von der SPD recht geben. Er hat eine ehrliche und saubere Position vertreten. Er hat dargestellt, dass die SPD genauso wie die CSU eine andere Abstimmung wollte, dass man in einer Regierungskoalition aber nur nach dem Prinzip des Konsenses arbeiten kann. Anders geht es nicht, weil sich sonst jede Koalition auflösen würde.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Ihr habt doch die Mehrheit!)

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sowohl die SPD, für die ich jetzt auch einmal sprechen darf, als auch die CSU in Berlin eine andere Position hatten, dass es in der Regierungskoalition in Berlin darüber kein Einvernehmen gab und dass es deshalb die zwingende und logische Konsequenz war, dass sich der Landwirtschaftsminister der Stimme enthielt. Er hat aber ganz deutlich gesagt, dass er anderer Meinung ist. Wer hier das Gegenteil behauptet, bläst sich auf, mandelt sich auf und verbreitet die Unwahrheit, wie Sie, Herr Aiwanger, es gerade getan haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Niederbayern unter sich!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Huber. Herr Aiwanger, Sie haben jetzt das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Huber, ganz kurz zum niederbayerischen Niveau, das Sie in den Landtag gebracht zu haben meinen. Sie haben als Niederbayer hier sehr viel kaputt gemacht, weil Sie die Milliardenschäden in der Landesbank auch mit verantworten müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der CSU)

Wenn das ein niederbayerischer Beitrag gewesen sein soll, dann sei es so.

Wie haben Sie sich bei der Ausländermaut aufgemandelt! Sie haben gesagt, andernfalls würde kein Koalitionsvertrag unterschrieben. Hätten Sie es doch bei dem viel wichtigeren Thema Genmais nur annähernd so probiert. Da haben Sie sehr schnell gesagt: Wenn die Merkel nicht mitmacht, brauchen wir auch nicht mitzumachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe nicht mitbekommen, dass Sie sich gegen den Genmais annähernd so aufgelehnt hätten wie gegen die Weigerung, die Ausländermaut in den Koalitionsvertrag zu schreiben. Damit war Ihr Widerstand gegen die Merkel'sche Position unehrlich. Ich bleibe bei meiner Position: Sie hätten im Interesse der bayerischen Bevölkerung mehr tun können. Deshalb trauen wir Ihnen auch dann nicht über den Weg, wenn Sie sagen, Sie wollen in Bayern selber bestimmen, wie es mit der Gentechnik weitergeht. Dazu kann ich nur sagen: schwarze Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat der Kollege Dr. Otto Hünnerkopf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon einiges gesagt worden. Lieber Herr Aiwanger, wenn es nicht so gelaufen wäre, wie es gelaufen ist, hätten Sie überhaupt keinen Anlass gehabt, hier zu sprechen und sich so zu ereifern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider! Ich hätte hier lieber nicht gesprochen!)

Wir sollten heute das sehen, was wir erreicht haben und was uns verbindet.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Nichts!)

Ich will ganz bewusst darauf hinweisen, dass wir im Landtag vor fünf Jahren, im Februar 2009, einen Beschluss gefasst haben, dass wir in Bayern die grüne Gentechnik nicht haben wollen. 2010 sind wir auch aus den Freilandversuchen ausgestiegen. Das wurde schon erwähnt. Die Ablehnung der grünen Gentechnik verbindet also alle Parteien seit fünf Jahren. Unterschiede sahen wir bisher nur darin – das werden wir auch in Zukunft so sehen –, dass Sie von "gentechnikfrei" und wir von "gentechnikanbaufrei" sprechen. Darin waren wir uns auch letzte Woche in der Debatte im Umweltausschuss noch nicht einig. Heute haben wir den Antrag gestellt, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" beizutreten. Diese Haltung ist nicht von einer Sekunde auf die andere entstanden. Sie hat sich schon seit längerer Zeit entwickelt. Unser zuständiger Umweltminister Dr. Marcel Huber hat darüber schon länger mit uns gesprochen.

Warum ändern wir jetzt unsere Haltung? - Die Bundesregierung hat sich am Dienstag im EU-Ministerrat beim Antrag, den Genmais Pioneer 1507 zuzulassen, der Stimme enthalten, statt ihm mit einem deutlichen Nein entgegenzutreten. Deshalb sehen wir heute mehr denn je die Notwendigkeit, auf einem anderen Weg zum Ziel zu kommen. Dieser Weg ist nicht neu. Er bezieht sich nicht nur auf die grüne Gentechnik, sondern er ist ein grundsätzlicher bayerischer Weg. Wir wollen bei bestimmten Sachverhalten in Bayern selbst entscheiden. Wir wollen auch über den Einsatz grüner Gentechnik in Bayern selbst entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Wenn wir dieses Ziel auf dem Weg über die Bundesregierung nicht erreichen, suchen wir nach Verstärkung und nach Bündnispartnern. Dies sehen wir im Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa. Kollegin Gudrun Brendel-Fischer hat schon darauf hingewiesen: Wir können die Gentechnikfreiheit noch nicht gewährleisten, weil 80 bis 90 % unserer Futtermittel immer noch aus gentechnisch veränderten Sojapflanzen gewonnen werden. Mit unserem Landwirtschaftsminister verfolgen wir aber das Ziel, die Eiweißversorgung sukzessive selber zustande zu bringen. Jetzt geht es darum, pragmatisch vorzugehen. Das ist der Grund dafür, dass wir unseren Antrag so formuliert haben. Ich brauche nicht zu wiederholen, warum wir den Anträgen der GRÜNEN und der SPD zustimmen, den Antrag der FREIEN WÄHLER aber ablehnen. Dieser Antrag enthält sehr viel Polemik, die uns von einer Zustimmung abhält.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Steinberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Kollege Hünnerkopf, eine kurze Bemerkung noch als Antwort an meinen niederbayerischen Kollegen Erwin Huber. Heute ist die Stunde der Niederbayern, was mich sehr freut.

Ich frage mich, wie ein solches Abstimmungsergebnis zustande kommt, wenn sich die Große Koalition, wenn sich Abgeordnete der CSU, der CDU, der SPD und der GRÜNEN einig sind, dass sie die Gentechnik nicht wollen. Wieso kommt dann so ein Abstimmungsergebnis zustande? Wieso haben dann alle gegen den Antrag der GRÜNEN gestimmt? Die meisten waren dagegen. Der Minister war dagegen. Wer hat dann entschieden, dass man sich im Ministerrat der Stimme enthält? Ich meine, Frau Merkel war es. Da haben sich alle Bundestagsabgeordneten nicht mit Ruhm bekleckert. Ich finde das sehr schade. Auch die Leute draußen verstehen diese Vorgehensweise

nicht. Wenn sich die Parlamentarier schon einig sind, können sie auch einheitlich abstimmen.

Ich habe jetzt noch eine Frage an den Kollegen Hünnerkopf zum Dringlichkeitsantrag der CSU. Im vierten Spiegelstrich der Ziffer 2 – Kollege Aiwanger hat darauf hingewiesen – steht, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen mit den USA das hohe Sicherheitsniveau der EU für den Bereich der grünen Gentechnik nicht abgesenkt wird. Sie sprechen vom hohen Sicherheitsniveau der EU. Wir sagen dagegen, dass das Sicherheitsniveau der EU aufgrund des letzten Beschlusses gerade nicht so hoch ist, um es als schützenswert anzusehen. Deshalb meine Frage: Wären Sie vielleicht bereit, diesen Spiegelstrich abzuändern oder zu streichen? Dann könnten wir dem Antrag zustimmen. Wenn wir dem Antrag in dieser Form zustimmen würden, würden wir bestätigen, dass das Schutzniveau der EU hoch genug ist und wir es so beibehalten wollen. Das ist gerade nicht unsere Absicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, Sie haben das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Liebe Kollegin, es ist klar, dass diese Formulierung eine solche Interpretation offenlässt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist die Opt-out-Klausel!)

Freuen Sie sich nicht zu früh, lieber Kollege Aiwanger. Wir verfolgen auf der anderen Seite doch auch das Ziel, dass wir selber über die Gentechnik befinden können. Ich möchte Ihnen darin nicht zustimmen, dass das Sicherheitsniveau der EU nicht hoch genug sei. Vor dem Hintergrund der Aspekte, die alle zu berücksichtigen sind, ist das Sicherheitsniveau sehr hoch, auch wenn das grundsätzliche Nein zur grünen Gentechnik darin nicht zum Ausdruck kommt. Wir suchen die Möglichkeit – so muss ich es

jetzt sagen –, selber über die Gentechnik entscheiden zu können. Deshalb wollen wir darauf Einfluss nehmen, dass nicht alles das, was die Amerikaner wollen, in Europa zum Tragen kommt. Ich schlage vor, dass wir diesen Spiegelstrich herausnehmen und uns zu gegebener Zeit damit differenzierter befassen. Damit wäre dieser Absatz gestrichen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir haben jetzt klare Verhältnisse. Der Absatz ist nach Aussage von Herrn Dr. Hünnerkopf gestrichen, und der Antrag wird in dieser Form zur Abstimmung gestellt. Besteht damit Einverständnis? – Gut. Ich bedanke mich sehr herzlich.

Als Letzter hat nun der Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass auch ich als Oberbayer dazu etwas sage.

(Rosi Steinberger (GRÜNE): Wenn es sein muss!)

Wir haben in der letzten Stunde eine große Menge an

(Volkmar Halbleib (SPD): - niederbayerischen Emotionen gespürt!)

Genörgel gehört: Wer hat das als Erster abgelehnt? Wer hat Schuld? Wer hat irgendwie versagt? Um derlei Themen ging es. Ich möchte jetzt aber zur sachlichen Diskussion zurückkommen.

Ich will auch etwas richtigstellen. Sie haben immer wieder gesagt, dass die CSU hier nicht so eindeutig einzuschätzen sei. Ich darf daran erinnern, dass sich die CSU-Fraktion in ihrer Herbsttagung 2007 in Banz in einem Positionspapier erstmals quasi auf der Basis der Position, die wir heute haben, festgelegt hat. Seit 2010 ist Bayern gentechnikanbaufrei. Warum die Sachen jetzt anders werden, resultiert jetzt daraus, dass

– nicht so, wie die Kollegin Aigner, CSU, Agrarministerin bis vor Kurzem – MON 810 verbieten konnte aufgrund dessen, dass man noch bestimmte Dinge nachreichen musste. Wir haben jetzt den Fall, dass TC1507 von der EU zugelassen werden sollte, und die Bundesregierung braucht dazu eine Position.

Das Leben geht auch außerhalb Niederbayerns weiter, Kollege Aiwanger. Deutschland ist ein föderales Land. Ich habe schon in den Koalitionsverhandlungen gemerkt, dass es in dieser Beziehung innerhalb Deutschlands eine deutliche Diskrepanz zwischen den Ländern gibt. Zum Beispiel haben die östlichen Länder wie Sachsen-Anhalt eine völlig andere Agrarstruktur. Sie wollen diese Technologie haben und können sie gut brauchen. Wir in Bayern mit unserer kleinteiligen Landwirtschaft können diese Technologie aber nicht brauchen.

Daraus resultiert ein Dissens innerhalb der Bundesregierung. Wenn sich die Bundesregierung – Kollege Huber hat das ganz nüchtern erklärt – in einem Punkt nicht einig ist, enthält sie sich der Stimme. So ist es leider. Ich bin über die Entscheidung der Bundesregierung wirklich nicht glücklich; denn sie entspricht nicht dem Willen der bayerischen Bevölkerung, der bayerischen Bauern und der bayerischen Imker. Aber man muss sie als politischen Sachverhalt einfach akzeptieren. So ist das eben im Föderalismus.

Bevor man jetzt herumnörgelt und jemandem die Schuld zuweist, muss man fragen: Was machen wir jetzt? Wie bringen wir es fertig, den Interessen der Bevölkerung des Freistaats Bayern gerecht zu werden?

Diesen Weg haben wir vor uns. Wir wollen – die Kollegin und der Kollege haben es beschrieben – die Entscheidungen in der Region selbst treffen. Das ist übrigens keine Idee, die die Kommission nicht haben will. Im Gegenteil, Kommissar Dalli und auch sein Nachfolger Tonio Borg haben genau vorgeschlagen, die Entscheidung in dieser Angelegenheit den Regionen zu überlassen. Das ist der Weg, den wir jetzt anstreben. Ich freue mich, dass ich heute ein starkes Votum dieses Hauses bekomme, daran zu

arbeiten und bei der Europäischen Kommission einen Weg zu finden, der diese Möglichkeit eröffnet, damit wir das zulassen können, was wir wollen, und nicht das zulassen müssen, was uns von außen vorgeschrieben wird.

Noch zu dem zweiten Teil des Pakets, zu dem Beitritt zu einem Netzwerk der Regionen, die ohne Agro-Gentechnik arbeiten wollen. Es ist richtig, dass die CSU bis zuletzt, noch vor zehn Tagen, gesagt hat, wir halten es für inkonsequent, in einem Land, in dem noch ein großer Teil der Landwirtschaft darauf angewiesen ist, gentechnisch veränderten Sojaschrot zu importieren und zu verfüttern, zu erklären, wir seien eine gentechnikfreie Region. Das ist aufgrund der Ansicht, die bisher vertreten wurde, inkonsequent und wurde von der CSU klar abgelehnt. Aber wir haben heute eine andere Situation.

Ich habe mich gestern bei der Meinungsbildung dafür verwendet, dass wir uns zusammen tun müssen, anstatt uns auseinanderzuidividieren, damit wir die Interessen Bayerns in dieser Beziehung gemeinsam umsetzen können. Dazu dient das Signal, sich in Europa Verbündete zu suchen, die in der gleichen Situation sind wie wir, nämlich auch selber Sojaschrot kaufen müssen, sich aber ganz klar gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Freiland stellen.

Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, ein Zeichen zu setzen. Wir wollen, dass sich Bayern dem Netzwerk anschließt. Ich habe dabei überhaupt kein schlechtes Gewissen, dass diese Meinung jetzt ein bisschen anders ist als die, die man bisher hatte. Sie ist wohl begründet. Wir brauchen jetzt dieses Zeichen, und das erwarte ich auch von Ihnen. Wir brauchen keine Diskussion, von der in der Öffentlichkeit übrig bleibt: Da sind sie sich wieder gegenseitig an die Gurgel gegangen. Wir brauchen heute ein kraftvolles Zeichen, dass dieses Parlament der Bayerischen Staatsregierung einheitlich den Auftrag gibt, die Dinge jetzt auf den Weg zu bringen, damit wir in Bayern selber entscheiden können. Treten Sie als Zeichen dafür dem Netzwerk bei. Das ist die Botschaft, die heute von diesem Parlament in großer Einigkeit ausgehen sollte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die hätte schon früher ausgehen sollen, Herr Minister!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister Dr. Huber, ich habe zwei Meldungen zu Zwischenfragen, eine von Herrn Kollegen Aiwanger und die zweite von Herrn Kollegen Arnold.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich bin schon fertig.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich bitte um Entschuldigung. Dann ist zunächst Herr Kollege Aiwanger an der Reihe.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister, in der Begründung des CSU-Antrags steht: "Der Anbau von in der EU zum Anbau zugelassenen GVP kann von Bayern derzeit rechtlich nicht verhindert werden ...". Was werden Sie als Umweltminister tun, wenn Landwirte in Bayern solchen Mais anbauen wollen? Sagen Sie dann: Das EU-Recht gibt es her, ich kann da nichts mehr tun, oder werden Sie eine Gesetzeslücke suchen oder alles Mögliche versuchen, um das noch zu verhindern, ähnlich wie Sie das mit den Stromtrassen machen? Da könnten Sie auch sagen, das ist auf Berliner Ebene beschlossen, und wir müssen sie akzeptieren. Dort aber sagen Sie: Wir bestimmen in Bayern selber, der Bund hat sich da nicht einzumischen, und wir machen das. Genauso könnten Sie sagen: Wir in Bayern versuchen trotzdem, ein Hintertürchen zu finden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Kollege Aiwanger, Sie werden nicht verlangen können, dass ein bayerischer Staatsminister sagt, er hält sich nicht an ein Gesetz. Aber ich sage Ihnen, in Beurteilung dessen, wie der Weg in der Rechtsetzung jetzt weitergeht, wird es eine Zulassung der EU für TC 1507 im Jahr 2014 nicht so früh geben, dass ein Anbau noch möglich ist, weil der Maisanbau irgendwann vorbei ist. Das heißt, für 2014 ist das erledigt. Ich glaube, dass wir dann genügend Zeit haben, das zu schaffen, was wir wollen, nämlich es in Bayern

selber zu gestalten, d.h. die Entscheidung nach der Möglichkeit des Opt-out selber treffen zu können.

Dafür werden wir alles tun. Allerdings haben Sie natürlich recht, wenn Sie sagen: Wenn die Rechtslage so ist, werden wir das auch machen müssen. Aber Sie dürfen mir glauben, wir suchen nach einem rechtlich sauberen Weg, es zu verhindern.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Herr Arnold, Sie haben noch das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Staatsminister, kann ich, nachdem Sie jetzt den Gesinnungswandel der Staatsregierung und der CSU-Fraktion anschaulich erläutert haben, davon ausgehen, dass in Zukunft Pachtverträge mit Flächen des Freistaats Bayern mit der Klausel versehen werden, dass ein Gentechnikanbau nicht erlaubt ist? War das ein konkretes Wort, an dem man sich festhalten kann, oder müssen wir da wieder einen Antrag stellen?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich glaube nicht, dass ich Ihnen das versprechen kann. Aber es würde natürlich Sinn machen. Sprechen Sie darüber einmal im Parlament!

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse über den ersten Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Angerichteten Schaden der Enthaltung bei der Gentechnik-Abstimmung von Schwarz-Rot für Bayern begrenzen", Drucksache 17/671, abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CSU. Stimmenthaltungen? – Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zum nächsten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Arnold, Karl und anderer und Fraktion (SPD), Drucksache 17/677, betreffend "Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik schützen – Beitritt zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen!" Bei diesem Antrag ist folgende Korrektur vorzunehmen: Die Wörter "und somit" werden durch die Wörter "mit dem Ziel," ersetzt. Der Antrag hat dann den Wortlaut:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem "Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen" umgehend beizutreten mit dem Ziel, Bayern vor dem Anbau von Agro-Gentechnik zu schützen.

Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Diese sehe ich nicht. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich komme zum nächsten Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 17/687, betreffend "Bayern vor Genmais schützen!". Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Brendel-Fischer, Dr. Hünnerkopf und anderer und Fraktion (CSU), Drucksache 17/688, betreffend "Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Bayern!". Bei diesem Antrag sind zwei Korrekturen vorzunehmen.

Unter Ziffer 2 erfolgt die Streichung der Wörter "wie bisher". Hier heißt es nun: "Er fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass ...". Ferner wird, wie vereinbart, der vierte Spiegelstrich gestrichen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist auch dieser Antrag mit diesen Korrekturen einstimmig angenommen worden und dieser Tagesordnungspunkt ist erledigt.